

Landschaftsschutzverordnung für das Würmufer wird abgelehnt

Der Umweltausschuss lehnte am Donnerstag mit großer Mehrheit eine Landesschutzverordnung für das Würmufer ab. Auch FWD Gemeinderätin Gabi Fink stimmte gegen die Verordnung.

Die Landesschutzverordnung wurde von den Kreisgrünen in den Kreistag eingebracht. In diesem Zuge sollten nun auch die Gemeinden darüber befinden. Der Verwaltungsvorschlag fußte auf den Beschluss der Planegger SPD und Grünen, die Verordnung in Planegg durchzuführen.

Der Planegger Verwaltungsvorschlag hätte dazu geführt, dass die Eigentümer von Privatgärten unzählige neue Verordnungen hätten beachten müssen. So wäre dann u.a. das Grillen in Privatgärten genehmigungspflichtig, genauso wie jede gärtnerische Veränderung.

Der Fortbestand des Planegger Würmbades wäre in Frage gestellt worden. Mit dieser Landesschutzverordnung hätte die Gemeinde Planegg ihre Planungshoheit über das Würmufer an das Landratsamt abgegeben.

Wir FWD haben von Anfang an Widerstand gegen diese absurde und bürokratische Verordnung an den Tag gelegt. Wir FWD forderten, dass die Planungshoheit in der Gemeinde bleibt, wo sie auch hingehört!

Durch vielfältige Wieder- und Einsprüche von Bürgern und Gemeinderäten aufgeschreckt, vollzog auch die Bürgermeisterin Annemarie Detsch die Kehrwende und stimmte in der Sitzung ebenfalls gegen die selbst initiierte Verordnung.

Übrigens auch unsere Nachbargemeinde Gräfelfing sprach sich mit großer Mehrheit gegen die Landschaftsschutzverordnung aus.

27.03.2011 Christoph Loewenfeld